

KEINE ABSCHIEBUNGEN IN DIE TÜRKEI/KURDISTAN

Die jüngste Propaganda des Özal-Regimes lautet "wir demokratisieren uns, wir heben die Verbote hinsichtlich der Meinungs- und Organisationsfreiheit auf" - und zu angeblich diesem Zweck wurde am 12. April 1991 das Gesetz Nr. 3173, mit dem Namen "Gesetz zur Bekämpfung des Terrors" verabschiedet. Mit diesem, fälschlicherweise als "Amnestiegesetz" bezeichneten Gesetz, und auch mit Maßnahmen, wie der angeblichen Aufhebung des Verbotes der kurdischen Sprache, soll in Europa das Bild eines demokratischen, türkischen Staates gezeichnet werden. Doch das Gegenteil ist der Fall, mit dem "Gesetz vom 12. April" wird der seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 andauernde Staatsterror legalisiert und die Ideen, politischen Vorstellungen und Kräfte, die die Türkei demokratisieren könnten verfolgt und terrorisiert.

Die Form der Verabschiedung des Gesetzes Nr. 3173 entlarvt schon seinen politischen Charakter

"Der Vorschlag" zur Vorbereitung eines Gesetzes zur Bekämpfung des Terrors wurde vom Nationalen Sicherheitsrat (MGK) am 5. April der Regierung unterbreitet. Doch dieser Rat des MGK, in dem die Befehlshaber der Armee, Vertreter des Geheimdienstes (MIT), der Staatspräsident, der Regierungschef und einige Minister vertreten sind, muß mehr als Anweisung verstanden werden. Die Entscheidungen hinsichtlich der Innen- und Außenpolitik, der gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung und anderer Probleme werden in der Türkei in erster Linie vom Nationalen Sicherheitsrat getroffen und erst danach an das Parlament verwiesen. Die Funktion des MGK ist von der Verfassung vorgesehen und es ist nur zu deutlich, daß dieses mit einer demokratischen Staatsordnung nicht das Geringste zu tun hat.

Opposition zur Staatspolitik = Terrorismus

Die innenpolitische Situation der Türkei hat in einem hohen Maß den Inhalt des Gesetzes bestimmt: Seit Ende der 80'er Jahre befindet sich die Özal und ANAP-Regierung in einer sich zuspitzenden Krise. Die Wählerunterstützung der Regierungspartei ANAP nimmt ab. Der kurdische nationale Widerstand konnte nicht niedergeschlagen werden. Die Aktionen und Streiks der ArbeiterInnen für einen Lohnanstieg konnten nicht verhindert werden. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich u.a. durch den Einfluß des Golfkrieges zunehmend. Dieses schuf eine Situation in der die Gesetz vom 12. September nicht mehr ausreichten um die "Ordnung" aufrecht zu erhalten. Özal versucht nun ein politisches System zu schaffen, daß die äußere Gestalt einer Demokratie annimmt, in dem ein staatskonformer, d.h. an die politischen und ökonomischen Interessen der Bourgeoisie "angepaßter Kommunismus", Islam, eine bestimmte Form des "Kurdentums" und ein "Linkssein" erlaubt ist. Sich aber tatsächlich oppositionell zur staatlichen Politik zu stellen, wird zum "Terror-Straftatbestand". Dieses Gesetz macht alle berechtigten und legitimen Forderungen der Bevölkerung und somit den Kampf gegen Imperialismus, Kapitalismus und Faschismus zum Straftatbestand. Die Aufhebung von Verboten "des Kommunismus" und der

kurdische Sprache sind Maßnahmen zur Spaltung des Widerstandes zur Durchsetzung demokratischer und ökonomischer Forderungen breiter Volksmassen. Die Arbeiter die am 1. Mai demonstrieren, die Angestellten im Staatsdienst, die eine Gewerkschaft fordern, die Studenten, die für eine demokratische Universität kämpfen, die Kurden, die ihre Freiheit fordern, die Intellektuellen, die sich um mehr Demokratie bemühen, sind in den Augen des Staates Terroristen.

Die Auswirkungen des sog. "Anti-Terror-Gesetzes"

* Das "Anti-Terror-Gesetz" in Verbindung mit dem Strafbewährungsgesetz hat zur Folge, daß z.B. die Faschisten, die in Maras, Corum und Sivas hunderte von unschuldigen Menschen ermordeten, aus dem Gefängnis entlassen wurden. Dagegen werden die nach Folteranklagen verurteilten, revolutionären Menschen weiterhin mit der Begründung, Verbrechen gegen den Staat begangen zu haben, gefangengehalten.

* Nach dem Anti-Terror-Gesetz laufen gegen zahlreiche linke Zeitschriften Ermittlungsverfahren wegen oppositioneller Stellungnahmen zum neuen Gesetz: so z.B. gegen Kurtulus (der verantwortliche Redakteur wurde verhaftet), Sol Dergiler Platformu (Linke Zeitschriften Plattform), Yeni Ülke, Demokrat, Emegin Bayragi, 2000'e Dogru, Özgür Halk.

* Ein wesentliches Merkmal des neuen Gesetzes ist, daß Richterstattungen über staatliche Folter und Repression verhindert werden, die juristische Verfolgung von Folterern faktisch verunmöglicht wird. Bereits jetzt hat die Anzahl von Folterungen zugenommen, hier nur zwei Beispiele:

* Ende April wurde ein 17-jähriger Schüler beim Flugblatt verteilen festgenommen. Die Behörden stritten die Festnahme ab. Am 2. Mai wurde seine Leiche mit mehreren Schußverletzungen aufgefunden.

* Am 19. Mai wurden im Istanbuler Stadtteil Kadıköy eine Krankenschwester und ein im gleichen Haus wohnender Student "tot festgenommen", wie es später im Polizeibericht hieß. Angeblich starben sie bei einer bewaffneten Auseinandersetzung - nur haben weder die Nachbarn etwas bemerkt, noch wurde eine Waffe gefunden. Der 8-jährige Sohn der Frau konnte beobachten, wie seine Mutter - noch am Leben - von Polizisten abgeführt wurde. Ihre Leiche wies einen einzigen Einschuß am Kopf auf, die Hände des Mannes sollen auf dem Rücken gebunden gewesen sein.

* Zur Zeit finden in der Türkei und in der Türkei Kurdistan in vielen Gefängnissen und von Angehörigen der politischen Gefangenen so wie von Menschenrechtsverteidigern Hungerstreiks gegen das "Terrorgesetz" statt.

In dieser Situation bedeutet die Abschiebung von Flüchtlingen in die Türkei/Kurdistan deren Verfolgung, Folter oder auch deren Tod.

Deshalb fordern wir keine Abschiebungen von Flüchtlingen in die Türkei/Kurdistan und auch nicht in andere Länder, wo Menschen Verfolgung, Folter und Repressalien wegen politischer, ethnischer, religiösen Anschauungen verfolgt werden.

Türkei Informationsbüro